

Maßnahmen der Untersuchungshaft- und Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung in der JVA Bielefeld-Brackwede

Jahresbericht 2010



**v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel,
Stiftungsbereich Integrationshilfen,
Bielefeld**

**KIM – Soziale Arbeit e.V.,
Paderborn**

als Träger der Maßnahme

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung	4
2.1 Anzahl der außer Vollzug gesetzten Haftbefehle	4
2.2 Eingesparte Hafttage durch erfolgreiche Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung	5
2.3 Detaillierte Aufstellung der eingesparten Hafttage	6
2.4 Haftgründe bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung	7
2.5 Sozialpädagogische bzw. sozialarbeiterische Hilfen bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung	9
2.6 Staatsangehörigkeit	9
3. Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung	10
4. Zusammenfassung	12

1. Einleitung

Seit 2003 beauftragt das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen freie Träger der Straffälligenhilfe mit der Durchführung von Maßnahmen der Untersuchungshaft- und Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung in der JVA Bielefeld-Brackwede.

Die Maßnahmen werden durch **KIM – Soziale Arbeit e.V.**, Paderborn, und die **v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel, Stiftungsbereich Integrationshilfen**, durchgeführt.

Zwischen der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede und den freien Trägern wurden Kriterien entwickelt, unter denen eine Einleitung von Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung bzw. Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung sinnvoll erscheint.

Sowohl die gesicherte Kooperation aller Beteiligten als auch deren vertrauensvolle Zusammenarbeit stellen unabdingbare Voraussetzungen der Wirksamkeit dieser Maßnahmen dar.

Unsere Maßnahme ist vernetzt im Sprecherkreis der vom Justizministerium geförderten Projekte der Freien Straffälligenhilfe; an den Sitzungen des Sprecherkreises und den Gesprächen mit Vertretern des Landesjustizministeriums nehmen wir regelmäßig teil.

Darüber hinaus treffen wir uns mindestens einmal jährlich mit Vertretern der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidungsmaßnahmen der Justizvollzugsanstalten Köln und Düsseldorf.

Im Rahmen der „RUHR.2010 – Kulturhauptstadt Europas“ haben wir uns an der Ausstellung „Schattenkultur“ im Alten Hafthaus Moers beteiligt; die vom 02.05. bis 26.09.2010 geöffnete Ausstellung hatte ca. 2.700 Besuchende.

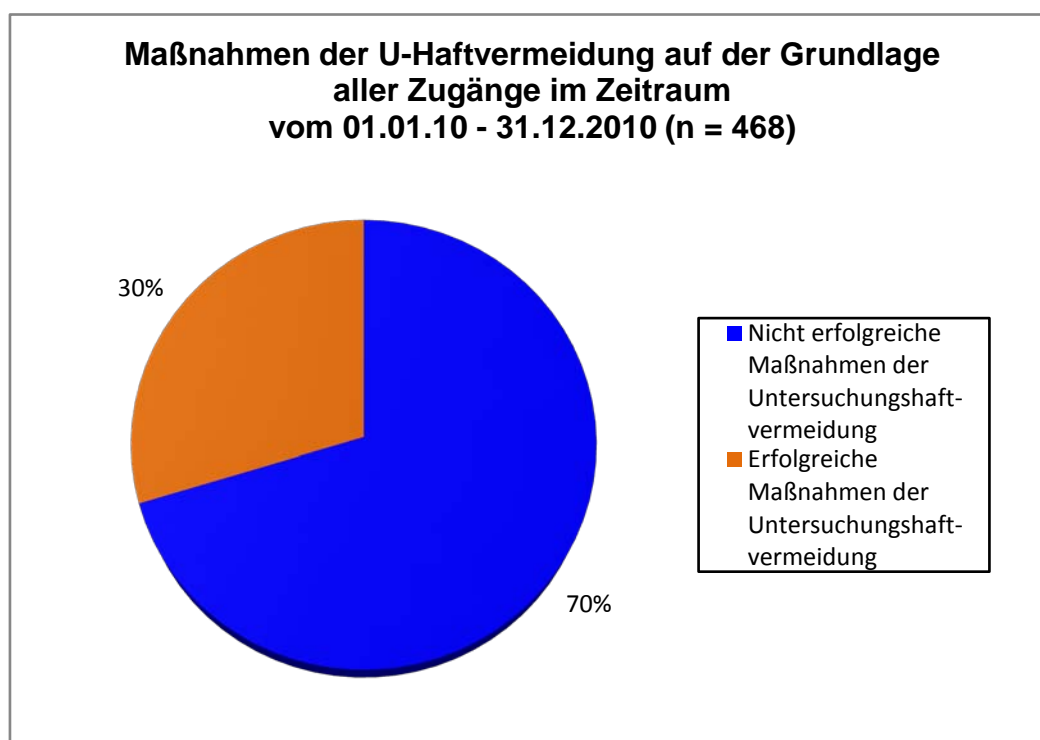
Die folgende Auswertung bezieht sich auf den Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2010.

2. Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung

Zu Beginn unserer Maßnahmen zur Untersuchungsvermeidung im Jahr 2003 betrug die durchschnittliche Verweildauer in Untersuchungshaft bundesweit 100 Tage.

2.1. Anzahl der außer Vollzug gesetzten Haftbefehle

Von 468 (2009: 524) in Untersuchungshaft befindlichen Personen wurden innerhalb 100 Tagen nach Inhaftierung bei 139 (2009: 138) Personen Haftbefehle außer Vollzug gesetzt, da weniger einschneidende Maßnahmen den Zweck der Untersuchungshaft erreicht hatten; dies entspricht einem Prozentsatz von ca. 30 % (2008: 26 %).



2.2 Eingesparte Hafttage durch erfolgreiche Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung

Auf Basis der durchschnittlichen Verweildauer von 100 Tagen wurden insgesamt 8.042 Hafttage (2010: 8.402 Hafttage) eingespart.

Da die Kosten des Strafvollzugs je Gefangener und Hafttag 77,24 EUR betragen¹, tragen die Maßnahmen der Untersuchungshaftvermeidung nicht unwesentlich zur Entlastung der öffentlichen Haushalte bei.

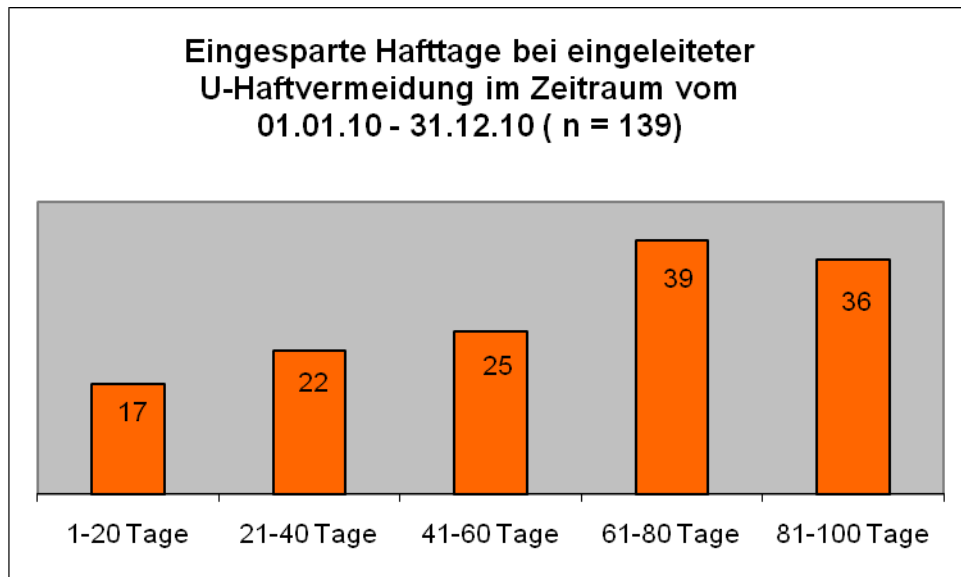
**Eingesparte Hafttage und -kosten durch erfolgreiche Maßnahmen
der Untersuchungshaftvermeidung in 2010:**

8.042 Tage - 621.164,08 €

¹ Justiz in Zahlen. Ausgabe 2008, hrsg. vom Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Tabelle 8.10.

2.3 Detaillierte Aufstellung der eingesparten Hafttage

In der folgenden Grafik stellen wir die eingesparten Hafttage bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung detaillierter dar.

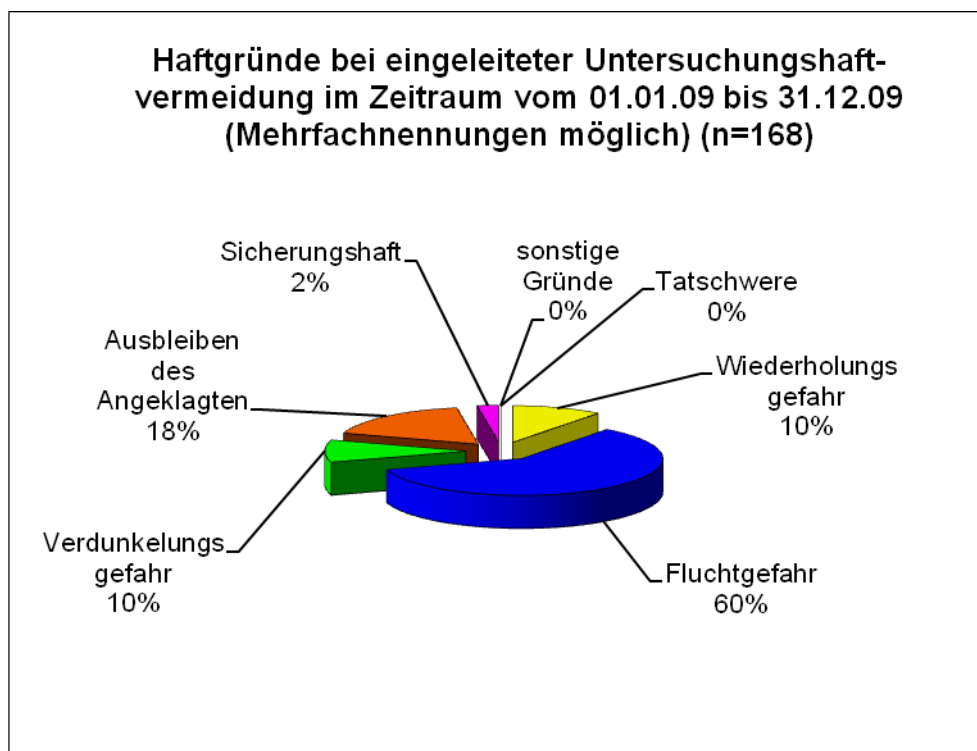


Hier fällt auf, dass in den ersten sechs Wochen nach Inhaftierung besonders viele Haftreduzierungen erfolgreich gewesen sind.

Dies führen wir weiterhin u.a. auf die Routine in unserer Arbeit, auf die enge Vernetzung innerhalb der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede und auf die gute Kooperation mit Richtern, Staatsanwälten und Strafverteidigern zurück. Inzwischen hat sich das „Projekt“ Untersuchungshaftvermeidung bei vielen Richtern, Rechtsanwälten und Strafverteidigern etabliert.

2.4 Haftgründe bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung

Es folgen die Haftgründe der reduzierten Fälle.



Die im Vorjahr häufiger aufgetretenen Haftgründe „Tatschwere“ und „sonstige Gründe“ (EU-Haftbefehle u.a.) entfielen in 2010.

Bei Vorliegen der Haftgründe „Ausbleiben des Angeklagten“ und „Fluchtgefahr“ bestehen weiterhin besonders gute Chancen auf eine erfolgreiche Untersuchungshaftreduzierung.

Die im Berichtszeitraum überdurchschnittlich erfolgreiche Reduzierung bei Vorliegen des Haftgrunds „Verdunkelungsgefahr“ ist ein Indiz dafür, dass dem Gericht u.a. durch unsere Maßnahmen neue Erkenntnisse und Entscheidungshilfen vorgelegt werden können.

Haftgrund	Fälle insgesamt	davon reduzierte Fälle	in %
Tatschwere	12	0	0 %
Wiederholungsgefahr	90	17	19 %
Fluchtgefahr	368	98	27 %
Sonstige Gründe	4	0	0 %
Verdunkelungsgefahr	41	16	39 %
Ausbleiben des Angeklagten	45	29	64 %
Sicherungshaft	25	4	16 %

2.5 Sozialpädagogische bzw. sozialarbeiterische Hilfen bei eingeleiteter Untersuchungshaftvermeidung

Bei der psychosozialen Begleitung geht es schwerpunktmäßig um die Stabilisierung sozialer Beziehungen zu Partnerinnen, Eltern, Kindern und sonstigen wichtigen Bezugspersonen. Es konnte durch unsere Arbeit nachgewiesen werden, dass das unterstellte Fehlen sozialer Kontakte nicht gerechtfertigt war bzw. dass ein fester Wohnsitz des Inhaftierten bestand.

Die Aufnahme direkt aus der Untersuchungshaft heraus in betreute Wohnformen nach §§ 67ff. SGB XII hat im vergangenen Jahr in 5 uns bekannten Fällen stattgefunden (2 Fälle in 2009). Inwieweit es über diese Fälle hinaus zu erfolgreichen Vermittlungen gekommen ist, ist leider nicht bekannt.

Die Anzahl der Beratungsgespräche mit sozialpädagogischen und gesundheitlichen Hilfen sowie Vermittlungsangeboten hat zugenommen. Damit haben wir Impulse einer realistischen Perspektivplanung gegeben, die zu einer Verbesserung der Lebenslage führten.

Durch die Tätigkeit der freien Träger sind deren regionale und fachliche Ressourcen zur Verbesserung der Lebenslage und damit der Sozialprognose der Klienten genutzt worden.

2.6 Staatsangehörigkeit

In der Gruppe der 139 Untersuchungshaftgefangenen, deren Haftbefehl im Berichtszeitraum außer Vollzug gesetzt wurde, besaßen 83 und somit 60 % (2009: 55 %) die deutsche Staatsbürgerschaft.

3. Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung

Neben der Untersuchungshaftvermeidung stellt die Vermeidung bzw. Reduzierung von Ersatzfreiheitsstrafen einen weiteren Schwerpunkt unserer Aufgaben dar.

Anhand des vollzugsinternen Dokumentationssystems prüfen wir von montags bis freitags täglich, ob zu einer Ersatzfreiheitsstrafe verurteilte Gefangene in die Haftanstalt aufgenommen worden sind bzw. werden informiert, wenn bereits inhaftierte Straf- bzw. Untersuchungshaftgefangene noch Ersatzfreiheitsstrafen abzuleisten haben.

Daraufhin suchen wir diese Gefangenen persönlich auf und bearbeiten gemeinsam mit ihnen die straftatbegünstigenden sozialen Schwierigkeiten; damit tragen wir zur Verbesserung ihrer Lebenslagen bei.

Falls sich Möglichkeiten der zumindest teilweisen Einzahlung von Geldbeträgen erschließen, unterstützen wir die Gefangenen bei der telefonischen Kontaktaufnahme.

Bei der Bewertung der folgenden Zahlen ist zu bedenken, dass der größte Teil der Ersatzfreiheitsstrafen in den Landgerichtsbezirken Bielefeld, Paderborn und Detmold seit dem 01.07.2007 gemäß Vollstreckungsplan für das Land Nordrhein-Westfalen² primär in der offenen Justizvollzugsanstalt Bielefeld Senne verbüßt wird.

Stellt sich heraus, dass ein männlicher Gefangener für den offenen Vollzug nicht geeignet ist, ist in den Landgerichtsbezirken Bielefeld und Paderborn seit dem o. g. Zeitpunkt primär die JVA Büren zuständig; weibliche Gefangene, die für den offenen Vollzug nicht geeignet sind, werden in der JVA Bielefeld-Brackwede inhaftiert.

In der JVA Bielefeld-Brackwede leisten männliche Gefangene lediglich eine Ersatzfreiheitsstrafe ab, wenn diese die Untersuchungshaft unterbricht oder noch weitere Freiheitsstrafen abzuleisten sind; die Motivation dieser Gefangenen, eine Ersatzfreiheitsstrafe zu reduzieren, ist daher in der Regel nicht besonders ausgeprägt.

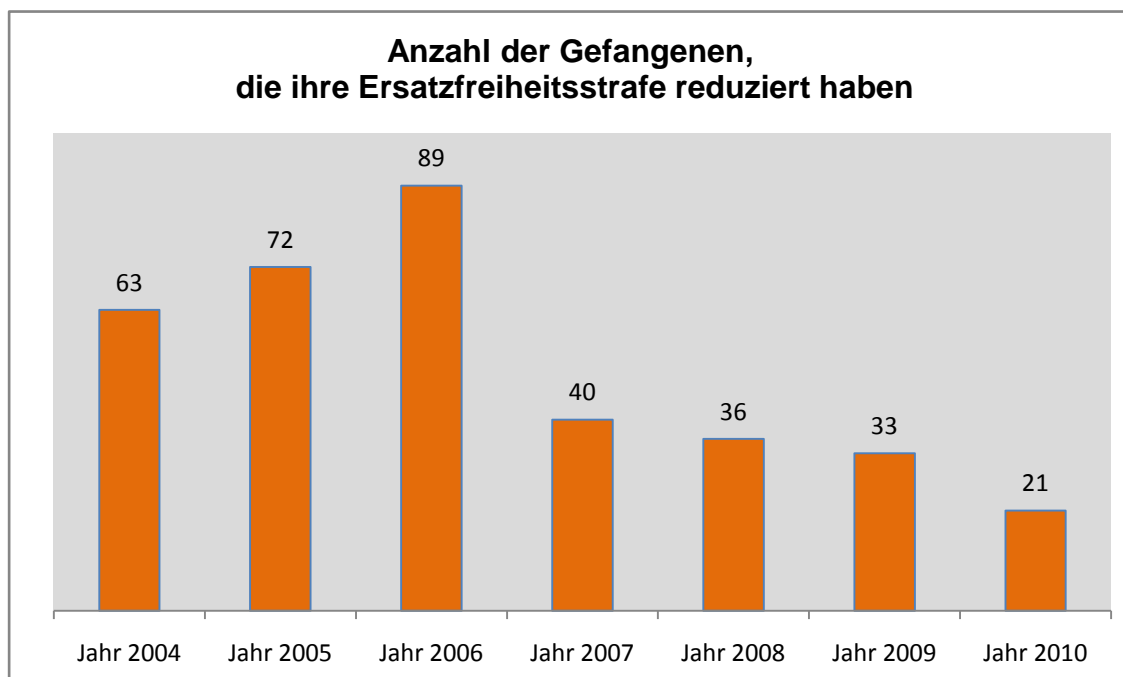
² http://www.datenbanken.justiz.nrw.de/pls/jmi/vp_start (01.05.2009).

Nach Einleitung von Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung wurden von **21 Gefangenen 9.805,00 EUR** auf die Konten der Justiz eingezahlt; darüber hinaus wurden **626 Hafttage** eingespart.

Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung in 2010

626 eingesparte Hafttage 48.352,24 €

eingezahlte Beträge: 9.805,00 €



4. Zusammenfassung

Von 468 (2009: 524) in Untersuchungshaft befindlichen Personen wurden bei 139 (2009: 138) Personen Haftbefehle außer Vollzug gesetzt, da weniger einschneidendere Maßnahmen den Zweck der Untersuchungshaft erreicht hatten; dies entspricht einem Prozentsatz von ca. 30 % (2009: 26 %).

Ausgehend von einer durchschnittlichen Verweildauer von 100 Tagen wurden insgesamt **8.042 Hafttage** (2009: 8.402 Hafttage) eingespart.

Im Vergleich zu 2009 haben sich die Haftzeiten bei Haftreduzierung weiter verkürzt.

Dies führen wir auf die bestehende Routine in unserer Arbeit, auf die enge Vernetzung innerhalb der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede und auf die gute Kooperation mit Richtern, Staatsanwälten und Strafverteidigern zurück. Inzwischen hat sich die Untersuchungs-haftvermeidung bei vielen Richtern, Rechtsanwälten und Strafverteidigern etabliert.

Bei Vorliegen der Haftgründe „Ausbleiben des Angeklagten“ und „Fluchtgefahr“ bestehen besonders gute Chancen auf eine erfolgreiche Untersuchungs-haftreduzierung.

Durch die Tätigkeit der freien Träger sind deren regionale und fachliche Ressourcen zur Verbesserung der Lebenslage und damit der Sozialprognose der Klienten genutzt worden.

Nach Einleitung von Maßnahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvermeidung wurden von 21 Gefangenen **9.805,- EUR** auf die Konten der Justiz eingezahlt; darüber hinaus wurden **626 Hafttage** eingespart.